Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/3266

30. 11. 95

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Wolfgang Schmitt (Langenfeld) und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Weltbankgelder für das umstrittene Tarim-Basin-Projekt in China

China ist der größte Kreditnehmer der Weltbank. Die International Development Association unterstützt mit 90 Mio. US-Dollar das Tarim-Basin-Projekt, dessen Ziel eine verbesserte Nahrungsmittelproduktion ist. In diesem Zusammenhang wurden in der Vergangenheit schwere Vorwürfe gegen China erhoben.

Harry Wu, chinesischer Menschenrechtler, beschuldigt nach Angaben der Deutschen Welle die chinesische Regierung, Zwangsarbeiter im Rahmen der gemeinsam mit der Weltbank betriebenen Projekte in der Autonomen Region Xinjiang einzusetzen. Darüber hinaus, so der Vorwurf, wird der Bau militärischer Anlagen unterstützt.

Der chinesische Außenamtsprecher Shen Guofeng bestreitet diese Vorwürfe. Weder habe China Zwangsarbeiter bei einem mit Weltbankkrediten finanzierten Projekt im Tarim-Becken eingesetzt noch Kredite der Bank genutzt, um den Bau militärischer Einrichtungen voranzutreiben.

Die Weltbank hat nach einem Bericht der Washington Post vom 24. Oktober 1995 keine Erkenntnisse über den Einsatz von Zwangsarbeitern im Zusammenhang mit dem geförderten Projekt im Tarim Basin und Militär-Projekten. Wu indes beruft sich u. a. auf einen Weltbankbericht über das Tarim Basin vom 31. Juli 1991, indem zwar Militärcamps und Zwangsarbeiter nicht erwähnt werden, aber zumindest eines dieser Camps in den Karten des Berichts verzeichnet ist. Darüber hinaus hat Wu selbst diese Region besucht und sieben große Zwangsarbeiterlager des chinesischen Justizministeriums und mindestens 14 kleinere Lager der „Peoples Liberation Army" im Projektgebiet gesehen, deren Versorgung mit diesem Projekt unterstützt wird.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Bundesregierung:

1. Sind der Bundesregierung die erwähnten Vorwürfe und Stellungnahmen bekannt, und welche Maßnahmen hat sie unternommen, um in diesem Punkt Klarheit zu erhalten?

2. Wie beurteilt sie die Forderung von Harry Wu, eine unabhängige Kommission einzusetzen, die diese Vorwürfe überprüft, und wird sie sich ggf. für eine solche Kommission einsetzen und diese unterstützen?

3. Hält die Bundesregierung vor dem Hintergrund der erwähnten jüngsten Vorwürfe auch eine Überprüfung der anderen in China mit Weltbankmitteln finanzierten Projekte für sinnvoll?

   Ist der Bundesregierung bekannt, inwieweit die Weltbank eine solche Überprüfung plant?

4. Welche Politik wird die Bundesregierung innerhalb der Weltbank verfolgen, wenn die oben erwähnten Vorwürfe bestätigt werden, und für welche konkreten Maßnahmen wird sie sich einsetzen?

5. Gibt es Grundsatzentscheidungen und Richtlinien der Bank, die den Einsatz von Zwangsarbeitern bei Projekten thematisiert und Regeln vorgibt?

   a) Wenn ja, welche und welche Vorgaben beinhalten diese?

   b) Wenn nein, wird sich die Bundesregierung für eine Richtlinie der Bank einsetzen, die den Einsatz von Zwangsarbeitern verhindert?

6. Wie kann nach Meinung der Bundesregierung die Weltbank in Zukunft sicherstellen, daß die Projekte der Weltbank und ihre finanziellen Mittel im Empfängerland nicht zweckentfremdet werden?

   Welche Möglichkeiten der Projektüberwachung hat die Weltbank, und welche Maßnahmen hat sie beim Tarim-Basin-Projekt angewandt?

7. Nach Angaben eines internen Berichts der Weltbank wurden die Stellen für Projektüberwachung weiter gekürzt. Hat dies nach Kenntnissen der Bundesregierung auch Auswirkungen auf die Weltbankprojekte in China?

8. Wie stellt die Weltbank, auch angesichts der jüngsten Verhaftungen im Zusammenhang des Drei-Schluchten-Projekts, sicher, daß es in chinesischen Projekten, die sie mitfinanziert, nicht zu Menschenrechtsverletzungen, insbesondere im Zusammenhang mit Umsiedlungsmaßnahmen, kommt?

Bonn, den 30. November 1995

Wolfgang Schmitt (Langenfeld)
Joseph Fischer (Frankfurt), Kerstin Müller (Köln) und Fraktion

Druck: Thenée Druck, 53113 Bonn, Telefon 91781-0
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333